

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Zusatzexpeditionen für die vereinigte Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
S. A. Penner,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hobeckstraße 4.  
die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 44.  
H. Bedel, Feuerstraße 18.  
J. Müller, Bayerstraße 8b, III.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 50.

Sonnabend, 21. Juni.

1873.

## Abonnements-Einladung.

Parteigenossen!

Mit dem 1. Juli wird das Parteiorgan wöchentlich dreimal

erscheinen, und zwar Mittwoch, Freitag und Sonntag.

Der Preis wird 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 6 Sgr. (21 Kr. rh.) pro Monat betragen, exclusive der in Preußen üblichen Stempelsteuer.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 Kr. rh.);

für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.);

für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Sgr. (6 1/2 Frs.);

für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Sgr. pro Quartal und 6 Sgr. pro Monat festgesetzt.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Monats-Abonnements entgegen.

Es steht zu hoffen, daß diesem öfteren Erscheinen des „Volksstaat“ auch eine entsprechende Zunahme der Abonnentenzahl folgen wird. Möge Jeder das Seine thun, damit der „Volksstaat“ in keiner Fabrik, in keiner Werkstätte, in keiner Hütte mehr fehle. Je größer die Abonnentenzahl, desto wirksamer kann das Blatt eintreten für die Interessen des arbeitenden Volkes, desto nachdrücklicher kann es gegen die Klassenherrschaft und gegen die moderne Produktionsweise ankämpfen.

Parteigenossen! Der „Volksstaat“ ist das beste Mittel zur Verbreitung unserer Grundzüge; sein Opfer darf Euch zu groß erscheinen, wenn es gilt, demselben allüberall Eingang zu verschaffen!

Wir bitten, die Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, damit in der Zusendung keine Verzögerung eintritt.

Redaktion und Expedition.

## Ein Bonner Professor contra Artikel des „Volksstaat“.

Es ist ganz neuerdings im Verlage von Dunder und Humblot eine Broschüre erschienen, betitelt: „Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart.“ Als Verfasser nennt sich ein mir, wie wohl ich ihm, ganz unbekannter Mann, „Dr. A. Held, Professor der Staatswissenschaften in Bonn.“ Ein Erzweiser, wie wir gleich sehen werden!

Das ganze Schriftchen zu besprechen, ist nicht meine Absicht; zu allgemeiner Würdigung sei nur angeführt, daß ihm die Arbeiterpartei nicht „ideal“ genug ist, während sich die bemitteleiten Klassen, die ihn als „höhere“ gelten, doch noch immer für „ideale“ begeistern. Seine idealen „Mastbürger“ haben zwar die hundert Millionen für den letzten Krieg nicht hergeben wollen und die nichtidealen Arbeiter möchten gerne besserer Erziehung theilhaftig werden — jedoch so einfache reelle Betrachtungen passen dem „gelehrten“ Herrn nicht in seinen „staatswissenschaftlichen“ Kram, und die „mastbürgerlichen“ Studenten glauben ihm gerne aufs Wort. Sie selbst lesen die Arbeiterblätter nicht; er thut es für sie und kann ihnen dann erzählen, was ihm beliebt. So lernen die Söhne der „Mastbürger“ die „Staatswissenschaften.“

Der eigentliche Zweck dieses Aufsätzchens ist eine kleine persönliche Auseinandersetzung mit Herrn Held. Nämlich bei seiner Besprechung des Wertes, welchen einzelne Artikel des „Volksstaat“ haben, nennt er „die Adresse des Generalraths der internationalen Arbeiterassoziation über den Bürgerkrieg in Frankreich“ eine „Moralisirung der wässrigen Revolution, der sich eine Broschüre anschließt, welche bestimmt ist, die Begeisterung für den deutschen Staat möglichst abzuschwächen. Sie ist betitelt: „Zur Erinnerung an die deutschen Nordpatrioten“ und enthält eine an Schmähungen sehr reiche Geschichte Preußens vor und nach der Schlacht bei Jena. Die Tendenz ist klar; man vergleiche außer vielen eingestreuten Bemerkungen nur die Schlussworte:

„Stellt man einen Vergleich zwischen dem hier Erzählten und den Ereignissen des letzten deutsch-französischen Krieges an, so kann man sich leicht sagen, ob überhaupt das Geschwäg „von den noch nie dagewesenen Leistungen“ der deutschen Armee „auch nur einen Schein von Beachtung hat.“

Womit die citirten „Schlussworte“ und die nicht zitierten „eingestreuten Bemerkungen“ verglichen werden sollen, erblickt nicht aus dem korrekten Styl dieses Bonner Professors. Kein Wunder, wenn man vernimmt, daß die „breitmündigen Faselhäuser der deutschen

Bulgärökonomie“, wie Marx diese Herren im „Nachwort“ zur zweiten Ausgabe des „Kapital“ nennt, mit der Dialektik in ihrer einfachsten Bedeutung zerfallen sind.

Der ideale Staatswissenschaftler schreibt nicht einmal richtig ab. Nicht einmal dieser allereinfachsten, realen Höflichkeit befehlige er sich gegenüber der Arbeiterpresse. Der Titel sagte nicht „zur Erinnerung an“, sondern für die deutschen Nordpatrioten“. Ich hatte nicht geschrieben und in der bezüglichen Broschüre war nicht gedruckt: „ob überhaupt das Geschwäg u. s. w. einen Schein von Beachtung hat“, denn solches Landerwälsch würden wir uns schämen, dem unidealistischen Arbeiter vorzusetzen. Die Stelle lautet: „ob überhaupt das Geschwäg u. s. w. einen Schein von Beachtung hat.“ Genug von der Etymologie, der Grammatik und der Logik des Lehrers der Staatswissenschaften!

Es kann mir nicht in den Sinn kommen, mich dagegen zu verwahren, daß ich die Begeisterung für den deutschen oder irgend einen andern Staat habe abschwächen wollen. Doch brauche ich nicht so geradewegs zuzugeben, daß weil der Nordpatriotismus oder Chauvinismus lächerlich gemacht, die „Begeisterung für den Staat“ untergraben wird. Ist es nun aber wirklich Thatsache, daß mein Lachen die Begeisterung für den deutschen Staat abschwächt, nun dann tant pis für des Herrn Held deutschen Staat. Während ihm die beschränkte „Vaterlandsliebe“ für die höchste ideale Tugend gilt, verhält sich sein Kollege, der Herr Professor Birchow zu der realen „Vaterlandlosigkeit“ auf recht freundlichem Fuße. Er sagt:

„Möge dann jedes der beiden Völker (Deutsche und Franzosen) begreifen lernen, daß den Einzelnen nun auf dem Boden nationaler Entwicklung die Grundlagen ihrer Wirksamkeit gesichert sind und daß daher dieser Boden frei und sicher vor fremdem Eingriff sein muß, daß jedoch die nationale Entwicklung ihren Abschluß in einer humanen Verständigung zu finden hat, welche geeignet ist, den Einzelnen über die Beschränktheit des bloß nationalen Bewusstseins zu den höchsten Zielen der Menschheit emporzuführen.“

Für ihn wie für mich und manche andere Leute ist also die Grenzlosigkeit das wahre und höchste Ideal; wir laden zusammen, der eine mehr, der andere weniger über die Begrenztheit. Vaterland und Mutterland — sie sind doch auch Ostland, Lantland und Ammenland! Ich will Ihre Leser nicht mit Geschichtscitationen beleidigen, die in unberechenbarer Zahl von Beispielen beweisen, welch lächerliche und grüneliche Schwindel unter der Fahne „Vaterland“ von jeher abge spielt worden sind. Die ganze Erde ist das ideale Vaterland; die „Vaterländer“ sind die realen Paradiese der Abderiten, der Michel, Cocquys, gobemouches, Fransoslawone, Starowjarsch und Bapanatas, zu denen sich die Staatswissenschaftler, wie Herr Held, für begrenztes Gehalt mit ganz besonderem Behagen rechnen.

Die Helle seines Idealismus ist passend ergänzt durch die Blödigkeit seines Erkenntnisvermögens. Von der Adresse des Generalraths der internationalen Arbeiterassoziation über den Bürgerkrieg in Frankreich erzählt unser Mann mit tiefer Staatswissenschaftlichkeit, daß in ihr „der Aufstand der Kommune erscheint als Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie.“ Der Generalrath ist also eine Gesellschaft von Schwindlern, welche den Aufstand als das erscheinen läßt, was er nicht ist. Wenn der Aufstand aber nicht das ist, wofür ihn der Generalrath ausgiebt, so muß er in den Held'schen Gehirn etwa als Galeerenstrafungsanstalt, Klephtenunternehmen, radikales Hochstaplervergnügen, größerer Bauernsängergesellschaft oder Säufererzgeb im Style gewisser bekannter nordpatriotischer Straßburger Professorenprägelen fixirt sein. Und dieser Held ist ein Zungenlehrer, der seiner tiefen Religiosität durch ganz bescheidene Enttäuung über die unchristliche Ueberzeugung von Bourgeois durch „Mastbürger“ Ausdruck verleiht!

Wie man sieht, genügen wenige Worte um zu beweisen, daß man diesem Doktor und Professor nicht einfach auf sein Wort glauben darf. Klagt er mich an, mich in „Schmähungen“ ergegangen zu haben, so hätte er wohl zum Belege einige Stellen zitiern dürfen. Das hat er nicht gethan. Er hat überhaupt seinem Publikum verschwiegen, daß alle von mir angeführten Thatsachen dem offiziellen vierbändigen Buche des Generalmajors und Direktors der königlichen Allgemeinen Kriegsschule, Eduard von Höpfner, entnommen sind. Die „Schmähungen“ liegen in den Thatsachen selbst. Darüber sollte er mit dem Generalmajor von Höpfner, nicht mit mir rechten. Herr Held würde aus lauter Nordpatriotismus dem Höpfner die Staatsarchive nicht geöffnet haben!

Er sagt, daß meine „Tendenz klar ist“, nämlich die mir von ihm untergeschobene, die Begeisterung für den deutschen Staat möglichst abzuschwächen.“ Die als Beweis angeführte Stelle läßt nur klar erscheinen, daß für seinen eigenen Nordpatriotismus die geschichtliche Existenz des macedonischen Alexander, Cäsars, der Gothen, Vandalen, Araber, Tataren, Türken, des preussischen Friedrichs II., Napoleons, Wellingtons und vieler Anderer Nordpatrioten ungenügend ist. Er darf neben dem schönen Wilhelm, neben Bismarck und Mostke keine anderen Götter verehren.

„Wenn“ — sagte ich — „was wir in diesen Blättern geschrieben, der grassirenden einseitigen Ueberhebung steuert, so haben wir unseren Zweck erreicht.“

Diese Worte erwähnt der Jugendlehrer mit keiner Silbe. Bei ihm habe ich offenbar meinen Zweck nicht erreicht.

Hatte ich ganz und gar unrecht, als ich

την γὰρ αὐτὴν μᾶλλον ἐπιπέσειν ἄρ' ὄρωμαι,  
ἢ τὴν ἀνομιλίαν νειότητι ἀμυρᾶναι.

übersehte mit:

Lauschen sehr wir dem Sange der blutigen neuesten Thaten  
Pöbel der Professoren, der Prudelwig, Müller und Meier?

Pöbel der Professoren! Das ist arg! Wer es wagt, sich solcher Ausdrücke zu bedienen, schwächt natürlich die Begeisterung für den deutschen Staat ab. Mit diesem Pöbel mache ich die Leser des „Volksstaat“ vielleicht bald einmal genauer bekannt. Seine oft frechen, irreleitenden, asterwissenschaftlichen, garstigen, ekelhaften Redegoreden sind so eben in ziemlich vollständiger Sammlung in einem Buche bei G. Fiebig in Leipzig erschienen, dessen Titel: „Der deutschen Hochschulen Antheil am Kampfe gegen Frankreich.“ Von Ludwig Bauer, stud. juris.

Ist Herr Held ein einfacher „Mastbürger“, oder ein gewissermaßen eine „weiße Blouse“? Leser, deul' a bissel nach!  
London, den 2. Juni 1873.

Der Verfasser des  
„Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatrioten“.

## Klassengesetzgebung.

Wie notwendig es für die arbeitende Klasse ist, sich den ihr gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung zu erkämpfen, das lehrt am Ueberzeugendsten ein Blick auf unsere heutigen gesetzgebenden Körper. Ob wir die deutschen Einzelzettel oder den Berliner „Reichstag“ nehmen, die Versämler Nationalversammlung oder das Londoner Parlament — überall sehen wir die besitzenden Klassen im ausschließlichen Besitz der Gesetzgebung, und überall sehen wir die besitzenden Klassen das Recht oder richtiger die Macht der Gesetzgebung in ihrem Klasseninteresse ausüben. Die Gesetzgebung ist Klassengesetzgebung, das Gesetz nur ein Mittel zur Erhaltung und Befriedigung der Klassenherrschaft. Wehe dem, der sich in einer dieser modernen sogenannten Volksvertretungen ernsthaft die Interessen des Volkes, der nicht besitzenden Klassen, vertreten zu wollen unterfängt! Er wird niedergeschrien, hinter Schloß und Riegel gebracht, todtgeschossen, kurz auf irgend eine Weise besorgt und aufgehoben. „Andere Länder andere Sitten.“ In England, dem Mutter- und Musterland des Parlamentarismus, vollbringt man diesen parlamentarischen Todtschlag etwas weniger unmanierlich und geräuschvoll, etwas parlamentarischer, um uns so auszudrücken, als auf dem Continent, aber darum nicht minder wirksam. In jüngster Zeit hatten wir ein flagrantestes Beispiel.

Unsere Leser erinnern sich der Agitation des Parlamentarismus Blimsoll zu Gunsten der Seelente (Siehe „Volksstaat“ Nr. 30.) Wohlun, Ende des vorigen Monats hatte Mr. Blimsoll es endlich so weit gebracht, daß sein bezüglicher Antrag auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt wurde. Inzwischen war aber von den „Einpeitschern“ (je nachdem auch „Auspeitschern“, wie im vorliegenden Fall) der parlamentarischen Hauptparteien die Ordre ausgegeben worden, den unbequemen Antrag durch eine „Anszählung“ im Keim zu ersticken, d. h. dafür zu sorgen, daß an der betreffenden Sitzung nicht die beschlußfähige Mitgliederzahl anwesend sei.

Und so geschah es denn auch. Herr Blimsoll begründete seinen Antrag, wies hin auf die absolute Schiffslosigkeit der Matrosen, zeigte, wie während der letzten 11 Jahre laut amtlicher Statistik 8794 Matrosen innerhalb zehn (englischen gleich 2 deutschen) Meilen von der englischen Küste bei Schiffbrüchen umgekommen sind, von denen, ebenfalls mit amtlicher Statistik, die meisten durch Unaufmerksamkeit, schlechte Beschaffenheit der Schiffe, kurz, verhätbare Ursachen herbeigeführt worden waren.

Half Alles nichts. Ein Herr Smith ergriff das Wort gegen den Antrag, der „unerwünscht“ sei; und kaum hatte er zu reden begonnen, so leerte sich der schon vorher spärlich gefüllte Saal vollends — eine Auszählung wurde verlangt — die nöthige Anzahl Mitglieder war nicht vorhanden — und die Bill ist bis auf Weiteres beseitigt! Und unterdessen sind die erbostten Schiffseigentümer bemüht, Herrn Blimsoll selber zu erdroffeln, d. h. ihn so mit Prozesse zu umstricken, daß er bankrott wird und schließlich seinen Sitz im Unterhaus aufgeben muß. Er hat nämlich, um seine Agitation zu unterstützen, ein Buch geschrieben, in welchem verschiedene der gewissenlosen Schiffseigentümer namhaft gemacht sind. Von diesen haben nun mehrere auf Verläumdung gellagt, und da die Kläger Millionäre sind, so können sie, Dank den heutigen Gesetzen, die Prozesse, was auch immer der endgültige Ausgang sein möge, für den Verklagten so kostspielig machen, und so in die Länge ziehen, daß Jeder ruiniert wird, der nicht eine ebenso „lange Börse“ hat. Herr Blimsoll ist nun zwar ein wohlhabender Mann, aber er ist kein Millionär, und die Prozesse, welche gegen ihn schweben, sollen ihn schon 10,000 Pfd. St. (über 66,000 Thlr.) gekostet haben!

Genug, für diese Parlamentsession ist man ihn los. Hat man ihn bis zur nächsten nicht bankrott prozessirt, gut — so gibt's einen neuen Count out (Anszählung) — und Jan Maat fährt fort, die Fische der englischen Küste und die Schiffseigentümer merry old England's zu mästen!

\*) Wie üblich, Mitglied der Versämler Versammlung u. a. m.

## Politische Ueberzicht.

— Wie schon angedeutet, beschäftigen sich die „Motive“ des Bismarck-Stieber-Wagener'schen Preßgesetzes einschließlich mit den Sozialdemokraten. Von der „schwarzen Internationale“ kein Wort, — der „Deniale“ hat eingesehen, daß er in der Rathbalderei mit ihr sich nur lächerlich gemacht und geschadet hat, und will offenbar einleuten —; die „rothe Internationale“ ist der Popanz, mit dessen Hilfe die Nationalliberalen ins Mausloch der „Reichsfreundlichkeit“ gejagt werden sollen. Um dieses Spiel z

unterstützen, liest die „Norddeutsche Allgemeine“ allerhand sozialdemokratische Gerede auf, und befeuert sich der „Neue“ einer besonders — gewählten Sprache. Gelegentlich wird er wohl den „dickbäuchigen Bourgeois“ wieder einmal mit der „Laterne“ des Wolkenmarkts winken.

Hierher gehört auch das Mandat eines dem Preßbureau nicht fern stehenden Berliner Blatts, welches gerade als der Preßgesetz-Entwurf fertig wurde, dessen Bestimmung über die absolute Haftbarkeit der Redakteure dadurch drastisch zu recht fertigen suchte, daß es unter lärmenden Trompetengeschmetter anfündigte, es werde von nun an einen Dienstmann als verantwortlichen Redakteur zeichnen lassen, und seitdem auch wirklich dem „Dienstmann Nr. 107“ das fragliche Amt übertragen hat. Dieser Dienstmann, der Redakteur geworden ist, hat sich um die Firma Stieber-Bismarck-Wagener ebenso verdient gemacht, wie der dienstmännische der Hunderte von Redakteuren, die Dienstmänner geworden sind. Schade nur, daß sein Name unter dem famosen Protest der letzteren gegen den neuen Preßgesetzentwurf fehlt. Hinter Wehrenspinnung würde sich „Dienstmann 107“ vortrefflich ausnehmen.

Apropos, es wird versichert, die Berliner Zeitungsbesitzer wollten ein Jubelfest veranstalten. Wir glauben das. Ein Gesetz, welches die unabhängige Presse tödtet, kann der Gründer- und Reptilienfondspresse, der es das Monopol gibt, nur höchst willkommen sein; es würde sie vollarf für den Ausfall, welchen der „Börsestrach“ verursacht, entschädigen.

Und nun noch ein Wort über die dem Preßgesetz-Entwurf beigegebenen „Motive“ — die Sauce, welche den haut gout des bedenklichen Gerichts verdecken soll, ihn aber nur erhöht. Genug die „Motive“ sind des Entwurfs würdig — eine Moustrosität zur Erklärung einer Moustrosität. Jedenfalls wäre es klüger gewesen, die Erklärung wegzulassen eingedenk des: Stat pro ratione voluntas; ich will es, und damit basta; Wer Gründe verlangt, den . . . Als Denkmal dentervollkommener Kultur theilen wir das Attenstück mit. Es lautet:

„Zu § 20. Ein Angeben der besonderen Cantelen, welche in den einzelnen Landesgesetzen gegen Ausschreitungen der Presse gegeben sind, wird nicht erfolgen können, ohne durch besondere Strafbestimmungen einen wirksamen Ersatz zu schaffen. Es wird sich dabei hauptsächlich um eine Vorkehr gegen die Art und Weise handeln, in welcher die sozialdemokratische Partei die arbeitenden Klassen für ihre Zukunftspläne bearbeitet, wobei sie ihre Agitationen in eine Form kleidet, welche sich den allgemeinen Strafgesetzen entzieht. Sie sucht diesen Zweck dadurch zu erreichen, daß sie die Arbeiter mit der Gesamtheit der sittlichen Grundlagen des Staatswesens verfeindet, in ihnen das Gefühl für Recht, Sitte und Vaterland erstickt und das des Neides und der Erbitterung gegen die bestehenden Klassen an die Stelle setzt. Es kann selbstverständlich nicht die Absicht sein, der Wissenschaft und der ernstesten Publizität nach irgend einer Richtung Fesseln anzulegen oder das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse materiell zu beschränken. Aber es muß allseitig anerkannt werden, daß dieses Recht nicht in einer Form ausgeübt werden darf, durch welche die Existenz des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft, denen die Pressefreiheit zu Gute kommen soll, selbst in Frage gestellt wird. Der Entwurf bezeichnet demgemäß zunächst als strafbar: Angriffe, welche in Druckschriften auf die Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer Weise gemacht werden, welche die Sittlichkeit, den Rechtsinn und die Vaterlandsliebe untergräbt. Aehnliche Strafvorschriften, insbesondere gegen die Angriffe auf das Eigentum und die Familien finden sich in anderen Gesetzgebungen, z. B. in den Artikeln 5 und 8 des französischen Gesetzes vom 9. September 1835, in dem § 630 des bairischen Strafgesetzbuches in der Fassung des Gesetzes vom 5. Februar 1851, in dem lgl. sächsischen Strafgesetzbuch vom 13. August 1855, Art. 127, in dem österreichischen Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852, § 305, in dem österreichischen Strafgesetzbuch vom 1867, § 147, und in dem (2.) Entwurf des italienischen Codice penale von 1870, Art. 128, § 1. Eine für alle Verhältnisse und Zeiten erschöpfende Anzahlung der durch die Strafbestimmungen geschützten Grundlagen des Staates erscheint weder ausführbar und zweckmäßig. Der Entwurf beschränkt sich darauf, diejenigen fundamentalen Institutionen beispielsweise hervorzuheben, welche zur Zeit die hervorragenden Angriffs-Objekte seitens der agitatorischen Presse sind und dies voraussichtlich auch bleiben werden. Bemerkung mag noch werden, daß der Entwurf unter dem Ausdruck „staatliche Ordnung“ — wie die Hervorhebung der allgemeinen Wehrpflicht erkennen läßt — nicht bloß die unerlässlichen Bedingungen einer jeden Staatsordnung, sondern auch — nach dem Vorgange des § 130 a des deutschen Strafgesetzbuchs — die concrete, auf den Verfassungen des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten beruhende Staatsordnung verstanden wissen will. Liegt in dem Verbot einer unsittlichen Polemik gegen die fundamentalen Gesetze der staatlichen Ordnung der Schwerpunkt, so muß dieser Gedanke auch weiter dahin führen, die Strafsanktion auf die Glorification strafbarer Handlungen durch die Presse auszudehnen. Durch derartige, den Strafgesetzen höhnsprechende Verberrlichungen wird die öffentliche Moral verletzt und, wenn sie straflos bleiben, das Rechtsbewußtsein nicht minder erschüttert, als dies bei einer directen Aufforderung zu strafbaren Handlungen der Fall ist. Diese Erweiterung entspricht dem Vorgang der oben erwähnten und noch anderer Legislationen. Bei der Aufstellung der Merkmale dieses Vergehens ist darauf Rücksicht genommen worden, daß die in Rede stehende Erschütterung der Autorität der Strafgesetze auch durch die Behauptung ihrer Unvereinbarkeit mit religiösen Pflichten bezogen werden kann. Eine fernere Hauptaufgabe wird darin zu erblicken sein, der in den Blättern der sozialdemokratischen Richtung fast zur Tagesordnung gewordenen gehässigen und leidenschaftlichen Erörterung der sozialen Verhältnisse einen Damm entgegenzusetzen. Wenn hierbei als das entscheidende Kriterium aufgestellt ist, ob die Erörterungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erfolgt, so ist im Anschluß an die gleichartige Fassung des § 130 a des deutschen Strafgesetzbuchs davon ausgegangen worden, daß das deutsche Richteramt bei der Handhabung dieser Vorschrift die richtige Grenze zu finden wissen wird und daß daher die Besorgnis nicht gehegt werden kann, es werde durch eine derartige Bestimmung ernstlichen und wohlmeinenden Besprechungen der sozialen Frage der Eingang in die Presse verwehrt werden. Anlangend die Art und das Maß der anzudrohenden Strafe, so würde die Androhung einer Geldstrafe der Gemeingefährlichkeit des Vergehens kaum entsprechen, jedenfalls aber der praktischen Wirksamkeit entbehren; man müßte sich denn entschließen, die Geldstrafen mit einem schon hohen Minimum beginnen und zu einem Betrage von mindestens 1000 Thalern ansteigen zu lassen. Der Entwurf folgt dem erwähnten § 130 auch in der Normierung der Strafen und droht daher wie dieser Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren an. Wenn in dem Falle jenes Paragraphen die Wirkung des gesprochenen Wortes durch das Ansehen des geistlichen Amtes und den Eindruck des Ortes, in welchem die Erörterung stattfindet,

erhöht wird, so muß andererseits bei Preßergüssen durch die Möglichkeit einer ungleich weiteren Verbreitung und die Ausschließung einer geeigneten Gegenwirkung die Gefahr als eine ebenso bedeutende angesehen werden.

Es fällt uns natürlich nicht ein, die einzelnen Punkte eines Kritiz zu unterziehen. Nur ein Narr oder ein Heiligensdiener diskutiert mit dem Feind, der ihm das Bajonnet in die Brust stoßen will. Bloß auf zwei Stellen sei aufmerksam gemacht: erstens auf den Passus, daß die sittliche Ordnung, welche bei Strafe des Thöden-scheu Salgens nicht angerührt werden darf, die konkrete, auf den Verfassungen des Reichs und der einzelnen Bundesstaaten beruhende Staatsordnung“ umfaßt, also die ganze Stieber-Bismarck-Wagener'sche „Schöpfung“, nebst allen was drum und dran hängt; und zweitens auf das Eingeständnis, die sozialdemokratische Partei leide ihre Agitation „in eine Form, welche sich den allgemeinen Strafgesetzen entzieht.“ Etwas Ungeklärteres ist wohl nie geschrieben worden; und wir wissen nicht, sollen wir die — Naivität mehr bewundern, welche in dem Moment, wo sie einen Schlag gegen die Sozialdemokratie führen will, ruhig ausplaudert, daß dieselbe sich auf durchaus gesetzlichem Boden bewege — oder die Kurzsichtigkeit, welche wähnt, durch Ausnahmestrafgesetze bewirken zu können, was den „allgemeinen Strafgesetzen nicht gelungen ist. Es gibt Menschen, für welche die Geschichte nicht existirt, und die statt von den Erfahrungen Anderer zu profitieren, sich hartnäckig die Finger verbrennen, und ihre Beschränktheit an die große Glocke hängen müssen. Habeant sibi.

— Fromme Sitte. Aus Freiburg in Sachsen schreibt man der „Constitutionellen Zeitung“: „Ein schauerliches Gerücht durchläuft unsere Stadt. Am Sonntag flüchtet sich eine 17jährige hier unbekante Arbeiterin vor dem Regenwetter in der Flur eines Hauses, welches einer Compagnie uners Jägerbataillons (Kronprinz Nr. 13) zum Massenquartier dient. Einige Soldaten scherzen mit ihr und berauben sie ihrer Schürze. Das Mädchen eilt, um ihr Kleidungsstück wieder zu erlangen, ahnungslos nach und geräth in das Innere der Caserne. Hier vollzieht sich (Wie zart! der Akt vollzieht sich! Uns dünkt, er wird vollzogen. Red. d. „V.“) mitten in der Stadt und unter — wenn auch nicht thatsächlicher Beihilgung, so doch Begünstigung von Seiten des mit der Aufsicht betrauten Unteroffiziers — an der Wehrlosen ein Akt der Bestialität die sich jeder öffentlichen Schilderung entzieht. Das trübe Bild brutaler Unsitlichkeit, wie es hier schrecklich sich entfaltet, erfüllt uns mit Trauer. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.“ Da wird es nun wieder, namentlich bei den Internationalen, eine Menge Flachköpfe geben, welche diesen Akt der Bestialität als eine unmittelbare Consequenz des Militarismus, des Kafernengeistes und des Drillsystems hinstellen möchten. O diese Kleingläubigen, die nicht ahnen, daß solch ein Akt der Bestialität nur eine Station der „neuen Entwicklung“ ist und die nicht begreifen, daß die Fiedelhauben-Sittlichkeit erst dann ihre Vollendung erreicht hat, wenn solche Dinge alle Tage vorkommen. Denn das ist der „militärische Geist!“

— Curiosum. In dem Froschmäulerkrieg zwischen den sächsischen „Nationalen“ und Gouvernmentalen ist unser Freund Hüttner, vom Leipziger Organ für Schweineköpfe und Klöße, Champion der Pressefreiheit geworden. Dank der Gose und den obligaten Beneficats wiegt dieses „Vollwerk“ eines der „heiligsten Güter“ zum Mindesten 2/3 Centner, und wird, wenn die streitbaren Herren Stephan Berliner Thiergarten-Verühmtheit, Biederhann u. s. w. das Zeichen zum Kampf geben, zwar nicht auf die Barrillade steigen, aber doch selbst eine Barrillade sein — jedes Loth ein (nationalliberaler) Held!

— Die „Berliner Wespen“, ein Bourgeois-Biblialt, brachten kürzlich ein Räthsel, worin Wilhelm von Hohenzollern mit abgebildet war. Als bald fuhr der Preßengel auf die „Wespen“ herab, so mit irdischem Namen benannt ist Polizeipräsident Kadal und nahm die „Wespen“ mit sich in seine himmlischen Hallen, so die Sterblichen nennen den Wolkenmarkt. Auf Anfrage, warum der Preßengel also zu verfügen geruhe, da man mit „Wilhelm“ nur das Wort „Wilhelmshaven“ im Räthsel habe darstellen wollen, erwiderte aus den Wolken seine Stimme, die also sprach: Der Preßengel bedauert die Confiskation, die auch seiner überirdischen Intelligenz unberechtigt erscheint; aber was der Preßengel einmal verfügt hat, das muß bestehen bleiben. Und die Wespen waren futsch! Traurig aber ließ der Verleger eine neue Auflage drucken und dachte: „Schön ist's, wenn die Polizei selbst einzieht, daß sie Unrecht hat; wer aber darauf rechnet, daß sie deshalb nicht Unrecht thut, der ist geblöht.“

— „Staatshälse“. Zu Bräuterort bei Königsberg haben die Versteinertäucher gestiftet. Das Dasein eines solchen Arbeiters dürfte sicherlich kein rosiges sein und es gehört eine Lammgeduld dazu, sich auch noch um den größten Theil des Ertrags einer solchen sauren Arbeit pressen zu lassen. Die Bourgeoisblätter melden natürlich mit „moralischer“ Entrüstung von „Widersegleiten“ und „Demolirungen“ seitens der Arbeiter und versehen nicht bezaglich zu erzählen, daß das von der Regierung abgesandte Militär dreizehn „Nadelsticker“ verhaftet habe. Ein Regierungsrath ist sogleich nach dem „Schauplay“ abgereist, um den „Thatbestand“ festzustellen, der darin bestehen soll, daß die Arbeiter „Plünderungsoersuche“ gemacht hätten. Nun kann natürlich nicht mehr fehlen: Die Fiedelhaube für die „Ordnung“, die Bureaokratie für den „Thatbestand“ — da wird die soziale Frage bald gelöst sein.

— Die französischen „ehrlichen Leute“ haben den deutschen „ehrlichen Leuten“ glücklich abgezuckt, wie man „öffentliche Meinung“ en gros macht — in Frankreich hatte man es auf diesem Gebiet selbst unter Bonaparte nur zur Kleinproduktion gebracht —, und sind jetzt damit beschäftigt, die edle Institution des „Reptilienfonds“ zur Besserung der „verkommenen Franzosen“ ins Vaterland der Revolutionen zu verpflanzen. Der Versuch ist aber auf Widerstand gestoßen, wie das bei einem so tief gesunkenen Volk, dem alle Grundsätze achter Moralität fehlen, mit denen wir braven Teutonen, weiß Stieber!, bis an den Hals vollgepfropft sind, nicht anders zu erwarten war. Sogar in der Versailleser Krantjunterversammlung erregte das betreffende Ministerialschreiben einen Heidenstaudal, worüber sich unser biederer, über diese alberne Strupel erhabener „Reichstag“ nicht wenig scandalisirt haben mag.

Der „Frankfurter Beobachter“ schreibt darüber sehr treffend: „Die augenblicklichen Vorgänge in Frankreich fordern in mancher Beziehung zu einer Vergleichung mit den Zuständen im deutschen Reich, insbesondere in Preußen heraus. Die gesammte europäische Presse ist darüber einig, und selbst die „Kreuzzeitung“ betont dies sehr nachdrücklich in ihren neuesten Pariser Correspondenzen, daß die Gambetta'sche Enthüllung über das Preßcircular des Ministers des Innern eine geradezu vernichtende Wirkung für die Broglie'sche Regierung in der Stimmung des Landes hervorgerufen habe und daß auch in den „conservativen“ Kreisen der schreckliche moralische Auftritt empfunden wird, welchen Gambetta der Regierungspartei

mit den Schlussworten seiner Rede ertheilte: „Ihr seid nunmehr nicht bloß die Schützlinge, sondern überdies die Plagiatores (Nachahmer) des Kaiserreichs!“ Der Correspondent der Kreuzzeitung ist der Ansicht, daß diese Affaire ein furchtbarer Schlag für die Regierung der „moralischen Ordnung“ geworden sei, weshalb auch das Organ Gambetta's, die „Republique française“, einen förmlichen Aufruf an die gesammte republikanische Presse des Landes richtete, das Protokoll über die Sitzung vom 10. Juni bis in die kleinsten Weiler Frankreichs zu verbreiten. Es muß denn doch, und hierin liegt nach unserer Meinung die große Bedeutung dieser Affaire, um das Sittlichkeitsbewußtsein des französischen Volkes keineswegs schlimm stehen, wenn im ganzen Lande die Thatsache einen außerordentlichen Eindruck macht, daß die Versailleser Regierung auf dem Wege war, die öffentliche Meinung durch Bestechung und Corruption der Presse zu „reguliren“ und damit die durch Thiers begrabenen Präcissen des Kaiserreichs wieder in Zug zu bringen. Die einfache Enthüllung eines solchen Versuchs auf der Tribüne der Nationalversammlung genügt, um die Ausführung unmöglich zu machen und der Regierung eine colossale moralische Niederlage zu bereiten. Das Ministerium hat zwar mit Mühe und Noth sich am Ruder erhalten, aber der Verfasser des anfänglichen Circulars, ein Unterstaatssecretär und als solcher das eifrigste Werkzeug der herrschenden Reaction, wurde der beleidigten öffentlichen Meinung in geradezu infamirender Weise zum Opfer gebracht. So in Frankreich. Vergleichen wir nun hiermit ähnliche Vorgänge in Deutschland. Seit länger als sechs Jahren besteht hier ein aus dem Vermögen der deposedirten Fürsten von Hannover und Kurhessen geschaffener, nach vielen Millionen zählender Fond, dessen Revenüen notorisch und zugestandenermaßen zur Unterhaltung politischer Spione und zur Beeinflussung der Presse im weitesten Maßstabe benutzt werden. Fürst Bismarck hat durch ein geschicktes Wort diesem Fond den Namen gegeben, unter welchem er historisch bleiben wird: „Reptilienfond“ und nicht minder hat Hr. von Bismarck die Verwendung desselben mit dem vielgelagerten Geständnis eingeweiht, „daß er nur mit Widerstreben seine Hände in Schmutz tauche.“ Gleichwohl gab der preussische Landtag zu diesem schmutzigen Fond damals seine Zustimmung, weil es sich angeblich darum handelte, den Gefahren zu begegnen, welche aus den „Antrieben“ der deposedirten Fürsten dem Reich erwachsen. Diese Gefahren sind aber, wenn sie jemals bestanden haben, sicherlich durch die Ereignisse von 1870—71 für immer beseitigt; man würde sich geradezu lächerlich machen, wollte man behaupten, daß das deutsche Reich nicht ohne den Reptilienfond den „Antrieben“ der ehemaligen Fürsten von Hannover und Hessen gewachsen sei. Besteht denn nicht aber dieser Fond und seine von dem Fürsten Bismarck selbst als „schmutzig“ charakterisirte Verwendung noch nach sechs Jahren ganz ungenirt fort; hat nicht gerade seit 1870 das Offiziösenthum in Deutschland mit Hilfe dieser Gelder eine Ausbreitung und Blüthe erreicht, welche die Praxis des bonapartistischen Regime auf diesem Gebiete weit in den Schatten stellen? Und haben die Nationalliberalen im Reichs- und Landtage auch nur ein einziges Mal den Versuch gemacht, diesem zu einer dauernden Einrichtung heranwachsenden Krebsgeschaden unserer öffentlichen Zustände ein Ende zu machen? Mit Nichten. Sie wissen recht wohl, warum sie zu diesen Dingen schweigen und noch in einem Augenblicke schweigen, wo dem noch übrig gebliebenen Reste der wirklich unabhängigen Presse Deutschlands durch ein drakonisches Preßgesetz die Vernichtung droht. Muß nicht über den Patriotismus dieser „nationalen“ Männer ein Gefühl des äussersten Unbehagens kommen, wenn sie den mächtigen Eindruck sehen, welchen in Frankreich der Juruf Gambetta's an die Regierung hervorruft: „Ihr seid die Plagiatores des Kaiserreichs geworden!“ und wenn sie hiermit die völlige Abstumpfung vergleichen, welche in Deutschland gegenüber dem „schmutzigen“ Walten des Reptilienfonds herrscht?“

— Durch einen Ullas vom 8. d. ist der bürgerlich demokratische „Corsaire“ unterdrückt worden und zwar wegen der unseren Lesern bekannten eher antisozialistischen als sozialistischen Subskription für die Entsendung von Arbeitern zur Wiener Ausstellung, und außerdem wegen seiner allgemeinen Haltung. Mac Mahon oder Thiers — es ist nur verschiedene Etikette für denselben Wein.

### Gewerkschaftliches.

#### Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

**Chemnitz, 15. Juni.** Nachdem wir auf unseren Vorschlag in Nr. 44 des „Volkstaats“, betreffs der Generalversammlung von mehreren Mitgliedschaften die Zustimmung erhalten haben, die Mitgliedschaft Gotha sich ebenfalls zu den dazu nötigen Vorarbeiten verpflichtet hat, ist hiermit laut Beschluß des Ausschusses die Generalversammlung auf den 10. August in Gotha als festgesetzt zu betrachten. Wir fordern daher die Mitgliedschaften auf, rechtzeitig ihre Anträge an uns gelangen zu lassen, damit wir in der Lage sind, alle weiteren Anordnungen sobald wie möglich zu treffen. Jede Mitgliedschaft ist verpflichtet, einen Delegirten zu senden; sollte dies jedoch für Einige unmöglich sein, so ist erforderlich, daß dieselben ihre Mandate mit der angegebenen Mitgliedszahl, versehen mit den Unterschriften der Bevollmächtigten, Kassirer und Revisoren an den Unterzeichneten einreichen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß statutengemäß die Abrechnung des zweiten Quartals bis 15. Juli stattfinden hat, und sehen wir uns durch die Erfahrung veranlaßt, die Mitgliedschaften mehr an Pünktlichkeit zu mahnen, da durch die Säumnigen der Organisation Nachtheile erwachsen. Das Statut muß als Gesetz respectirt werden, denn die vielen Aufforderungen sind ein notwendiges Uebel, welches beseitigt werden muß.

Ueber die Angelegenheit der Leipziger Commission, betreffs der neuen Statuten sind bei uns schon öfter Klagen eingegangen, daß dieselbe sich zur Sache sehr gleichgültig zeige, weshalb wir nicht umhin können, von derselben eine Veröffentlichung der Sachlage im „Volkstaat“ hiermit zu verlangen. Falls die Erledigung dieser Angelegenheit aber noch in weiter Ferne steht, schlagen wir vor, zur Generalversammlung einen andern Ort damit zu beauftragen. Mit sozialdemokratischem Gruß der Ausschuss

G. Schöffel, Geschäftsführer, Zimmerstr. No. 16, II. Etage.

#### Internationale Gewerkschaft der Metallarbeiter.

**Leipzig.** Gewerkschaften! Collegen! Der Beschluß der diesjährigen Generalversammlung betreffs Lokalisierung der Krankenkasse, der in direktem prinzipiellen Widerspruch mit unserer Gewerkschaftsorganisation steht und mit dessen Inkrafttreten das Fundament unserer Gewerkschaft unterminirt ist, veranlaßt uns, und an den Ausschuss zu wenden, damit dieser Beschluß suspendirt werde. Die Ausführung dieses Beschlusses würde innere Konflikte und damit unsern Ruin herbeiführen. Gewerkschaften schließt Euch uns an und wirkt mit uns dahin, eine Urabstimmung der

Mitglieder herbeizuführen, oder wenigstens es beim Alten zu lassen, bis klare Einsicht in dieser Angelegenheit erlangt ist. Wir können uns im Interesse der Gesamtheit mit genanntem Beschluß nicht einverstanden erklären.

Die hiesigen Mitglieder beantragen also, daß der Ausschuß über die neue Krankenkassenorganisation eine Urabstimmung vornehmen lasse.

Die Leipziger Mitglieder in corpore.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Leipzig. Da durch den letzten von hier ausgegangenen Bericht Freund Wildstade in Stade und Lenz in Hamburg sich bewegen fanden, uns so zu sagen zurecht zu weisen, sehen wir uns veranlaßt, Einiges zu entgegnen. Ersterer gibt uns den Rath, die Sektions-Eintheilung bei der Gewerkschaft fallen zu lassen. Aus dem Annoncentheil d. Bl. ist schon längst ersichtlich, daß sie nicht mehr als solche besteht. Nur hinsichtlich des Kaffeewesens ist sie aus praktischen Gründen bei Gewerkschafts-Versammlungen welche jetzt in einem größeren Lokal stattfinden, beibehalten, während früher die zu kleinen Lokale die Sektions-Eintheilung notwendig machten, Freund Lenz beklagt sich unter Andern über die zu späte Einfindung der Abrechnung und fügt hinzu, daß wir telegraphisch dazu aufgefordert wären, dieselbe nebst einem Todenschein einzusenden. Diese telegraphische Aufforderung seinerseits war unnötig, da bereits 8 Tage zuvor die Einfindung erfolgt war. Noch wollten wir berichten, daß jener Bericht in Nr. 34 von einem Mitgliede verfaßt ist welcher die Sache weniger kundig und streng genug aufnahm, und ohne Wissen und Willen der Mitglieder überhaupt dem Druck übergeben hatte. In jener gewöhnlichen Gewerkschaftsversammlung waren nur Ansichten ausgesprochen, über Anträge beziehentlich des Ausschusses weder beraten, noch abgestimmt worden. Dies zur Beruhigung der erregten Gemüther!

Der Gesamt-Vorstand.

### Correspondenzen.

Berlin, 4. Juni. Gestern fand hier eine außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Schuhmacher statt; einberufen von dem Vorstande des allgemeinen Schuhmachervereins mit der Tagesordnung: „Die Bestrebungen des allgemeinen Schuhmachervereins“. Ungefähr 100 Mann waren anwesend. Der Referent, Herr Rohde, Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, führte aus, daß die Interessen der Arbeiter solidarisch seien, jedoch nur zum Ausdruck gelangen könnten, wenn Alle in dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein eintreten etc. und diejenigen, welche diesem Prinzip nicht huldigten, sollten sich gar nicht blicken lassen. Alle Redner wendeten sich gegen die noch bestehenden Vereine und Parteien, namentlich gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, nannten einige der Anwesenden derselben „Verräther an der Arbeiterschaft“, bestochen von der Bourgeoisie, Feiglinge, die nicht wagten öffentlich zu sprechen und bemerkten: „solche Leute stellen sie den Anwesenden zur Verfügung, da diese wissen müßten, was sie mit ihnen zu machen hätten.“ Es meldete sich hierauf Herr Giffen zum Wort. Auf den Vortrag des Herrn Rohde eingehend, wies derselbe schlagend und deutlich nach, wie sehr die Schuhmacher terrorisiert würden, und die solidarischen Interessen der Arbeiter in gar keiner Verbindung ständen mit dem Thun und Treiben der heutigen Führer des sogenannten Allgemeinen Schuhmachervereins. Redner wies ferner nach, daß das Lassal'sche Prinzip, welches sie so sehr im Munde führten und das bei ihnen nur in brutalen Akten zum Ausdruck gelange, in gar keiner Verbindung mit Lassalle stehe, da derselbe ein entschiedener Feind von Rohheiten und Brutalitäten gewesen ist. Als nun Herr Giffen mit einigen Andern das Lokal verlassen wollte, hatten sich eine Anzahl Tölpel'scher Leibgardisten postirt, welche Herrn Giffen unter Prüfen und Hohnschreien bis auf die Straße verfolgten, so daß er auch mit Tölpel'scher Knüttel in unmittelbare Berührung kam, sowie seine Freunde. Dies alles geschah unter dem Mantele des „reinen Lassal'schen Prinzips“. Schuhmacher Allerorts! Dies ist die wahrheitsgetreue Wiedergabe des Verlaufes der „großen Generalversammlung“ sämtlicher Schuhmacher, einberufen, von dem viel sich rühmenden „Vorstand“ des sogenannten „Allgemeinen Schuhmachervereins“! Redner erkennen, daß in Kreisen, wo man Alles mit dem Knüttel regieren will, nichts rechtlich Geschäftliches aufrecht erhalten wird. Darum sehet Euch vor; lernet diejenigen erkennen, welche die Arbeiter in ihrer ohnehin schon gedrückten Lage noch mehr in den Sumpf treten und hernach ihre Hände in Unschuld waschen wollen. Darum Collegen allerorts, macht entschieden Front gegen ein solches Thun und Treiben. Vereint Euch Alle zu einer Gewerkschaft, welche in friedlicher und solidarischer Weise nur die Interessen der Gesamtheit vertritt, und derartige Rohheiten und Brutalitäten entschieden verwirft. Dies ist einzig, wie uns die Erfahrung lehrt, die internationale Gewerkschaft der Schuhmacher, schließt Euch derselben an und weist somit die Berliner Machinationen von Euch, wolle Ihr Eure eignen Interessen nicht schädigen! (Wir bemerken hierzu, daß in Berlin eine Mitgliedschaft der internationalen Schuhmachergewerkschaft bereits in's Leben gerufen ist, wodurch die traurigen Skandale im Allg. Schuhmacherverein hoffentlich bald aufhören. Red. v. B.)

Chemnitz, 14. Juni. Gestern wurde hier im Casino eine Volksversammlung abgehalten. Dieselbe war so zahlreich besucht, daß in dem großen Lokal Hunderte von Arbeitern keinen Platz mehr fanden; immerhin aber mochten gut 3000 anwesend sein. Zum Vorsitzenden wurde Ahle gewählt. Vlos aus Leipzig referirte über „der Reichspressegesetz-Entwurf und die liberale Presse“, wozu Lyser folgende Resolution empfahl: „Die Versammlung drückt ihre Freude darüber aus, daß Biernard selbst seine reaktionäre Politik offen bloßgelegt hat, nachdem er bisher von unklaren Köpfen als Hort des Liberalismus angesehen worden und spricht die Ueberzeugung aus, daß eine wirkliche Volkvertretung einen solchen Pressegesetzentwurf unbedingt verdammen muß.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch Bahlreich und mehrere Andere zu diesem Punkte gesprochen, referirte Wolf über die Petition des Commerzienraths Zimmermann an den Reichstag, wozu folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt, daß sie in dem Vorgehen des Fabrikantenbundes nur die Absicht erblickt, das in Südamerika beseitigte Skavenhum in Europa zu neuem Leben zu erwecken. Sie erachtet es als die Aufgabe jedes denkenden Arbeiters, durch Theilnehmung an den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß an Stelle reicher und armer Ausbeuteter freie, glückliche Menschen treten.“ Die Versammlung verließ ohne die geringste Störung unter würdiger Haltung und wurde mit dem Proletarierlied geschlossen.

Zwickau. Da am hiesigen Orte ein Streik der Tischlergehülfen in Aussicht steht, werden alle Collegen ersucht, Zuzug nach hier fernzuhalten, sowie Arbeitsnachweis an die Commission der Tischlergehülfen Zwickaus, per Adresse: Herrn Richter, Herbergswirth, Scheergasse, zu senden. Im Auftrage: Die Commission.

Dresden, 15. Juni. Der „Vollbote“ schreibt: (Staatswohnung.) Einer unserer Dresdener Parteigenossen, Aloys Schauer, hat heute die Staatswohnung auf der Landhausstraße Nr. 9 bezogen und wird auf die Dauer von 6 Wochen dort anständig sein. Das Verbrechen, wegen dessen er die zinsgroßenfreie Wohnung zu beziehen gezwungen ist, besteht darin, daß er vor einem Jahre als verantwortlicher Redacteur der Zeitschrift „Reifeis“ einen in dieser Zeitschrift abgedruckten, später revidirten Artikel angeblich vor dem Druck durchgesehen hat. — Schauer ist Vater einer zahlreichen Familie, und die Parteigenossen werden nicht vergessen, daß es ihre Pflicht ist, für diejenigen, welche von den gegen die ganze Partei gerichteten Maßregeln zunächst getroffen werden, ihre Pflicht zu thun. Einer für Alle, Alle für Einen.

Ramenj. Wie anderwärts im Allgemeinen, giebt's hier im Besondern verschiedene Hindernisse, die unsere Bestrebungen im Anstande, welche hauptsächlich berufen sind, die geistige Anobildung unserer heranwachsenden Generation zu besorgen. Da haben wir hier eine Stadtschule, welche in zwei Abtheilungen, I. und II. Bürgerschule zerfällt. In welchen Kreisen regt sich der Wunsch nach einer dritten Bürgerschule? — Für eine Stadt, wie Ramenj, mit etwa 6000 Einwohnern genügt dieses Factum, um recht anschaulich zu zeigen, welche leuppige Blüthen das Klassenprivilegium hier treibt! — Und die Leitung dieser Schule, in weissen Händen ruht dieselbe? — Zweimal habe ich Gelegenheit gehabt, den gegenwärtigen Schuldirektor öffentlich zu hören; einmal in einer Volksversammlung hier; in dieser wurde über die Bestrebungen der Sozialdemokratie verhandelt. Der Referent hatte in nicht mißzuverstehender Weise die sozialdemokratischen Bestrebungen dargelegt; unser Schuldirektor wollte dem Referat nur entnommen haben: Nichts lernen, nichts arbeiten, nichts sparen, und — wenn die Mittel vorhanden, sich politisch frei machen! — Schließlich fühlte er sich jedoch veranlaßt, zu erklären: daß er sich auf diesem Gebiet für einen Neuling halte; wenn der Redner seine Rede in Druck geben würde, wolle er ihn schriftlich widerlegen. — Das zweite Mal war es am Schluß des sehr beliebten Forts resp. Schulfestes, welches alljährlich hier im August ca. eine Woche lang abgehalten wird und an welchem Bewohner von Nah und Fern Antheil nehmen; unter früheren Schuldirektoren hatte sich dieses Fest wohl zu einem Volksfest entwickelt, was in fast allen Kreisen sehr wohlwollend begrüßt. Jetzt ist man bemüht, das schöne Fest immer mehr und mehr einzuzengen, es soll nur ein Schul- resp. Kinderfest sein, sagt man. — Also am Schluß des letzten Kinderfestes hörte ich den Schuldirektor mit lauter Stimme (welche mich unwillkürlich an das Commando eines Kavallerie-Obersten erinnerte) die ungeahnte Renigleit verkünden: daß der Herr da oben das schöne Fest gemacht habe!!! — Ueber diesen Punkt noch nicht aufgekär, verließ ich kopfschüttelnd den letzten Akt des letzten Forts resp. Kinderfestes. So weit habe ich den Mann kennen gelernt, der die Einrichtung einer III. Bürgerschule für notwendig hält. — Ob's erlaubt ist, hierbei an das Sprichwort zu erinnern: „Wie der Herr, so's Geschehe“? — In die Details der hiesigen Schule will ich mich nicht weiter verlieren; aber — da fällt mir eine Episode aus meiner letzten Schulzeit ein. Da gab's fast jeden Sonnabend länger als ein halbes Jahr 12—13, auch noch mehr, welche ihre Tracht Prügel vom Lehrer bekamen, mit einer Präzision, welche jeden früheren Corporal, der zur Prügel-Erektion kommandirt, zur Ehre gereicht haben würde; und warum? — Weil sie — Gesangbuchlieder und diverse Bibelsprüche nicht gehörig auswendig gelernt hatten. — Zu meiner Schulzeit wurde in der zweiten Bürgerschule hier das meiste Gewicht und — wenn ich nicht irre, auch die meiste Schulzeit auf Religions-Unterricht, Bibelsprüche und Gesangbuchlieder gelegt. Jetzt soll's nicht viel anders und wohl kaum — besser sein. — Kann man sich da überhaupt noch wundern, wenn der größte Theil des Arbeiterstandes, welcher durch die Verhältnisse, die der privilegierte Klassenstaat mit sich bringt, ja förmlich schon durch die Geburt, v. h. durch die Abstammung von armen Eltern verurtheilt ist, die schönsten, unwiederbringlich verlorne Jugendzeit mit solchem geistlichen dogmatischen Kram zu verträumen, für die spätere Lebenszeit unfähig ist zu richtiger, natürlicher Anschauung zu gelangen? — Nun sehen wir uns kurz unsre Bourgeoisie, incl. Lehrerstand etc. an; die Leute sind oder wollen von der irdischen Idee befreit sein, daß die soziale Bewegung von einzelnen Personen, sogenannten Aufwieglern etc. gemacht sei und noch gemacht werde. Das hindert den größten Theil dieser Leute jedoch nicht, in echt jesuitischer Weise gegen uns vorzugehen. Wenn unsre Gegner glauben, daß sie mit ihren Behauptungen Recht, wir mit unsern Unrecht haben. Warum bestimmen sie einen Wirth, durch vier weiß Alles, uns sein geignetes Lokal nicht mehr zu Volksversammlungen zu überlassen? — Warum verdächtigt man unser Parteilokal und verschmäht sogar nicht auf der sog. Gelsowiese der „Dresdener Nachrichten“ anonym durch Polizeispittel-Annoncen einen Druck auf die Behörde auszuüben, um eine Beschränkung des Schankrechts dieses Lokals herbeizuführen? — Warum bringt man das Geringste, was von Arbeitern ansteht, gleich mit unsern Parteigenossen in Berührung? — Und warum bringt man die Geldentzaten der Bourgeoisie (incl. Spießbügel hiesiger Lehrer) nicht in Erwähnung? — Warum hält sich ein Theil hiesiger Lehrer für berechtigt, wenn Arbeiter bei diesen theuren Lebensbedürfnissen, mit einem wöchentlichen Einkommen von 3 Thlrn. um eine Lohnaufbesserung einkommen, derartige Forderungen als „nicht recht“ zu bezeichnen? — Was soll man denken, wenn man von gebildet sein wollenden Leuten zu hören bekommt: „Was, noch mehr Lohn? Mögen sie nur arbeiten, da werden sie auch mehr verdienen! Die wöll'n aber nicht machen und viel verdienen, daß Se recht saufen können!!! Kürzere Arbeitszeit? Se soll'n wohl noch mehr hummeln und saufen?!!!“ — Auf diese Behauptungen der gebildeten Bourgeoisie und ihrer Anhängsel, die wahrlich nicht — „saufen“? — wollen wir — um den Raum des „Vollbotes“ nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, — nur so viel bemerken: Gebildete Leute mögen sich selbst ausmalen: wie schrecklich das Hummeln und das Versaufen ausfallen kann, wenn z. B. Fabrikarbeiter bei 14stündiger Arbeitszeit (einschließlich einer halben Stunde Frühstück), einer Stunde Mittags- und einer halben Stunde Vesperaufsatz) wöchentlich 3 bis 3½ Thlr. (es giebt auch noch erwachsene Arbeiter mit unter 3 Thlr. wöchentlich) verdienen! — Ja, aber die Tuchmacher, das ist lieberliches, verhoffenes Volk!!! Nun, nun, gemacht ihr Herren Bourgeois; es giebt hier ein paar Henschen dieser Branche, die gute Arbeit haben, viel Geschick zum Arbeiten besitzen und arbeiten, daß, wenn die Herren auch Arbeiter einmal so arbeiten sollten, ihnen wahrscheinlich vom Teufel träumen würde, und die ausnahmsweise einmal die Woche 5 auch 6 Thlr. verdienen, aber — ihrer sind wenige! Es ist richtig, daß es hier Tuchmachergesellen giebt, die den ersten Tag, manchmal auch den zweiten Tag nicht so lebhaft arbeiten, als die übrigen Tage, auch wohl einen Montag, sehr selten einen Dienstag nichts machen, aber wohlgemerkt, das ist eine Ausnahme und — unsre Gegner verwechseln nur zu oft die Ausnahme mit

der Regel. — In Folge sehr verschiedener Arbeit, sehr viel unbezahlter Vorarbeit etc. beträgt der Durchschnittslohn dieser Branche wöchentlich 2 Thlr. 25 Sgr. — Es ist schrecklich. — Was die Ramenjer Tuchmachergesellen alles zu — verkaufen haben!!!? — Noch ein paar Worte an die „Herren“ Lehrer: Sie sind doch bemüht, ihre Lage zu verbessern, und das ist angesichts der obwaltenden Verhältnisse nur recht und billig. Da Sie aber doch wohl, wenn ich nicht irre, 6 Thlr. und dann außerdem wöchentlich Einkommen haben, werden die Herren unter Ihnen, welche in der oben angeedeuteten Weise der billigen Forderung der Arbeiter gegenüber sich verhielten, einsehen können, daß sie mindestens sehr inhuman gehandelt haben? — Sollte man aber von dieser Seite die Meinung hegen, daß ein Lehrer mindestens noch ein mal so viel werth in der Gesellschaft sei als ein Arbeiter; (das verschiedene Einkommen 3 Thlr. zu 6 Thlr. etc. und die Beurtheilung desselben lassen mir diese Annahme als zulässig erscheinen) dann gehen wir ruhig zur Tagesordnung über. — Hoffentlich benötigen die Herren die Verbesserung ihrer Lage, die ich ihnen wünsche und gönnen will, nicht zum Hummeln und — na, sie wissen schon, was ich meine! — Wir, das Proletariat hier und anderswärts werden durch zwei bekannte Agitatoren, so man da nennet Roth und Unterbrückung, unterstützt und könnten die Herren Bourgeois und ihr Anhang, incl. Zweiter-Anhang zur Abwechslung einmal wirksame Maßregeln gegen diese zwei sehr bekannten Agitatoren des Sozialismus ins Werk setzen, sollte es uns freuen!

Für die Mitgliedschaft:  
J. R. Wendt.

Pößneck. Hier fand am 7. und 8. Juni die Thüringische Landesversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt und war dieselbe von fast allen Orten Thüringens durch Abgeordnete vertreten, ja einige Städte hatten mehr als einen, Weimar und Erfurt je 3 Abgeordnete geschickt. Nach Erledigung der innern Verbands- und Agitationsangelegenheiten kam die in Aussicht stehende Reichstagswahl zur Verhandlung und wurden die Kandidaten für die verschiedenen Wahlkreise besprochen und Beschluß darüber gefaßt, welche Persönlichkeiten die passendsten seien. Einige Wahlkreise erklärten durch die Delegirten, daß die Partei in denselben sich über die Personenfrage des aufzustellenden Kandidaten noch nicht geeinigt hätte, und daher dieselbe als eine noch offene betrachte. Da die Wahlkreise der Thüringischen Staaten in einander hinüberzuziehen, so wurde beschlossen, die Agitation für die verschiedenen Kreise gemeinschaftlich zu betreiben. Hieran kam die Presse der Partei zur Sprache und wurde beschlossen, um den Anfeindungen der gegnerischen Presse, vorzüglich in Betreff der lokalen Angelegenheiten, gegenüber zu treten, für die Ausbreitung der wenigen demokratischen Organe in Thüringen Sorge zu tragen, und einigte man sich dahin, daß die „Röhen- und Werrazeitung“, bisher in Eisenach, vom 1. Juli unter dem Titel „Thüringer Vollbote“ nach Weimar zu verlegen und dreimal die Woche erscheinend, für die Wahlkreise Thüringens vorzüglich zu verbreiten sei, und das Gleiche für den „Geraer Volksfreund“ für den Ostkreis Thüringens geschehen solle; für beide Blätter seien in jeder Stadt Thüringens Filial-Expeditionen zu errichten, auf denen die Bestellung für beide Organe erfolgen könne. Nachdem die Verhandlungen nachmittags 3 Uhr geschlossen, begann das ziemlich zahlreich besuchte Arbeiterfest im Saale des Schießhauses, wo auch die Verhandlungen gewissermaßen waren. Eröffnet wurde es mit einigen einleitenden Worten durch den Vorsitzenden des Lokalvereins, Herrn Sänger, und wurden abwechselnd Konzertsätze aufgeführt, Gesang mit Musikbegleitung und Deklamation ersten und heitern Inhalts vorgetragen, sowie Neben politischen Inhalts gehalten. Abends 8 Uhr war Volksversammlung. In das Bureau wurden gewählt: Müller aus Weimar als Vorsitzender und Brätter aus Gera als Schriftführer. Als Referenten sprachen Reichelt aus Apolda und Ufert aus Weimar über die kommende Reichstagswahl und das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und wurden die Ausführungen der beiden Redner von vielen Beifallsbezeugungen unterbrochen. Dann sprach Brätter aus Gera noch erläuternde Worte, sowie Inhof aus Erfurt, der sich über das Gründertreiben verbreitete und dasselbe einer scharfen Kritik unterzog.

(Ger. Blöskr.)

Erfurt, 4. Juni. Unter heutigem Datum tagte hier eine öffentliche Schuhmacherversammlung. Dieselbe war bei der Eröffnung nur schwach besucht, gestaltete sich aber späterhin zu einer äußerst zahlreichen. Die Tagesordnung war: 1) Die Arbeiterbewegung. 2) Der Ruf der Gewerkschaften. Als Referenten waren erschienen Voss aus Gotha, Siebert aus Nürnberg, Böning aus Braunschweig. Ueber den ersten Punkt sprach Herr Voss in einem einständigen, mit vielem Beifall abgenommenen Vortrage, in welchem er nachwies, daß die Arbeiterbewegung nicht von heute und gestern datire, sondern von dem Augenblicke an, wo sich die Civilisation fühlbar machte. Er beleuchtete auch das Wesen der Fortschrittspartei und ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber. Pflicht des Arbeiters sei es daher, die Verbesserung seiner Lage selbst in die Hand zu nehmen resp. sich an der nächsten Reichstagswahl durch Aufstellung von Arbeiterkandidaten zu betheiligen. Die Produktivgenossenschaften einer längeren Erörterung über die Einrichtung, Zweck und Nutzen unterziehend, wies er schließlich die Behauptung unsrer Gegner, als wollten wir die französischen Nationalwerkstätten von 1848 wieder einführen, energisch zurück. Ueber den zweiten Punkt sprachen die beiden andern Referenten. Dieselben betonten hauptsächlich die Nothwendigkeit einer festen Organisation, wenn eine Verbesserung unserer Lage erreicht werden solle. Besonders für Erfurt sei es dringend notwendig, höhere Lohnsätze zu erreichen, da dessen Fabriken die ganze Rheinegend und Westphalen mit ihren Waaren für einen enorm billigen Preis überschwemmen. Zum Schluß ergreift der Vorsitzende der Gewerkschaft das Wort und führt aus, daß er sich schon mehrmals privatim an die Fabrikanten gewendet habe, sie möchten die Lohnfrage regeln und auch das Versprechen erhalten haben, bei einer ihrer Konferenzen eingeladen zu werden, was bis jetzt indeß nach Verlauf von vier Wochen, immer noch bloßes Versprechen geblieben sei. Leider mußten wir die Versammlung bereits 10½ Uhr schließen, da die Referenten wieder retour nach Weimar mußten. Unsere Gewerkschaft zählt bis jetzt etwas über 150 Mann, was bei einem Vorhandensein von 1400 Gewerksgegnern gerade kein günstiges Resultat ist. Die gleiche Zahl haben die Mitglieder der Gewerkschaft der Holzarbeiter erreicht. Wir hoffen durch fortgesetzte richtige Agitation bald günstigere Resultate verzeichnen zu können. Leider zählen wir, wie überall, die Kleinmeister zu unseren beständigen Gegnern. Diese Leute können oder wollen nicht einsehen, daß sie unter der Last des Kapitals erdrückt, in die Reihe der Lohnarbeiter geschleudert werden. So erließen dieselben im Anfang dieses Jahres einen Preiscontant, durch welchen sie eine Erhöhung der Preise ihrer Fabrikate anzeigten, nm auch dem Arbeiter gerecht zu werden, was indeß bis jetzt noch nicht geschehen ist. Die Folge davon war, daß sich die hiesigen Eisenbahn- und Postbeamten zu einem Verein konstituirten zur Beschaffung billigen Schuhwerks;

Die Lieferung hat nun ein hiesiger Großfabrikant übernommen; die Herren Meister haben das Nachsehen. Mit Gruß: Hermann Göze, Schriftführer.

**Forst**, 16. Juni. (Verspätet.) Am 13. Mai hatten die Allgemeinen Deutschen eine Arbeiterversammlung einberufen, mit der Tagesordnung: Das Versprechen des Königs von Preußen und die Verfolgungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. — Die Aufstellung eines Arbeitereandidates zur nächsten Reichstagswahl. Referent: Arnold aus Finsterwalde. Herr Arnold war nicht erschienen. Der Bevollmächtigte sagte uns, als wir energisch verlangten, daß die Versammlung stattfinden sollte, die Polizei sei schon in Kenntnis gesetzt, daß die Versammlung nicht stattfinden und einverstanden. Da erschien der Polizei-Inspektor und erklärte, die Versammlung könne stattfinden, indem er ja noch nichts wisse; also hatten die Allgemeinen Deutschen recht nett gelegen. Trotzdem gelang es doch diesen Herren, den Polizei-Inspektor zu bewegen, daß er die Versammlung verbiete, und siehe da, sie fand nicht statt. Hierauf hatten wir zum 16. Mai eine Volksversammlung einberufen, wo zunächst Simon über die Wohnungsnot und die in der von den Allgemeinen Deutschen nicht erledigten Tagesordnung referieren sollte. 3. Punkt war die Aufstellung eines Candidates zur nächsten Reichstagswahl, worüber ich referieren sollte. Das Bureau wurde unter dem bekannten Gebrüder von den Allgemeinen Deutschen in Beschlag genommen. Außerdem war Herr Hasselmann aus Berlin erschienen. Die Tagesordnung wurde trotz energischer Proteste unsfereits umgewandelt, der letzte Gegenstand der Tagesordnung wurde zum ersten gemacht; infolge dessen referierte ich nicht. Herr Hasselmann hielt nun eine Wahlrede, verlangte unter andern die 10 Millionen Deutsch-Oesterreicher unter Deutschlands Schutz und Schirm, die weitere Ausdehnung der Jesuiten, die die Arbeiter zersplittern, unter Fingerzeigen und Grimassen auf uns, die „Christen“. Ich habe schon manchen Lügen gehört, aber Hasselmann übertraf doch alle an Verleumdungen und Wortverdrungen. Von uns mehrfach zurechtgewiesen, ging der ehrenwerthe Herr zur Beschimpfung unserer Parteigenossen und des „Vollstaats“ über. Wir konnten nicht mehr zum Wort, die Debatte wurde auf Befehl des Herrn Hasselmann geschlossen. Hierauf nahm man eine Resolution an, nach welcher Kapell als Candidat zur nächsten Reichstagswahl aufzustellen ist, mit einer winzigen Majorität. Geschadet hat Hasselmann trotz alledem unsrer Partei nicht; das lehrte eine von uns auf den 24. Mai einberufene Volksversammlung. Dieselbe war sehr gut besucht. Trotz aller nur denkbaren Mandaten der Allgemeinen Deutschen erhielt ich den Vorzug. Parteigenesse Kleist aus Berlin referierte unter lebhaftem Beifall über 1) „die Strides und die Coalition“. 2) „Der Reichstag, das Press- und Vereinsgesetz“. Während seines gediegenen Vortrages machten die Allgemeinen Deutschen einen immerwährenden Scandal. Nachdem ich mir im Saale energisch Ruhe verschafft und unter Nennung von Namen die Ruhestörer zurechtgewiesen, begab sich die Truppe ins Nebengemach und mochte dort einen Heidenlärm, was soweit getrieben wurde, daß der anwesende Polizei-Inspektor sich erhob und die Ruhe herstellte. Die Enthüllungen, die Kleist über den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins machte, brachte unsere Gegner gewaltig in Harnisch. Ueber die Candidatur zur nächsten Reichstagswahl referierte ich und empfahl die Wahl des Dr. Jacoby, welche auch mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Die Polizei verhinderte eine weitere Gegenabstimmung, indem dieselbe erklärte, daß 12 Uhr bereits vorüber, die Majorität sei ja für Dr. Jacoby und würde sie andersfalls, wenn die Versammlung länger tagte, dieselbe auflösen. Nach der Versammlung nahmen wir 17 neue Mitglieder in die Partei auf.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Doro. Jurk.  
**Wiesbaden**. In der Druckerei des A. Stein dahier haben die Verbandsmitglieder, 14 an der Zahl, die Arbeit eingestellt; 8 arbeiteten am „Rheinischen Kurier“ und 6 in der übrigen Druckerei. Einige unverheiratete Setzer sind abgereist, einige haben andre Condition genommen und einige strifen fort. Die Veranlassung war nämlich: der Redakteur Lahm (der schon öfters gekennzeichnete) erklärte den Gehülfen, welche Lohnhöhung verlangten, diese zu gewähren, aber keine Ueberstunden mehr bezahlen zu wollen, und als die Gehülfen nicht damit zufrieden, erklärte Lahm, dann könnten sie gehen, worauf 8 Verbandsmitglieder sofort die Arbeit verließen; aus der andern Druckerei gingen einige Tage später 6 Verbandsmitglieder fort. Die ca. 8 Nichtverbandsmitglieder arbeiteten fort. Stein, welcher von dem „Rheinischen Kurier“ nur ein Ahtel sein Eigenthum nennen kann, ist auf Reisen, um Schriftsetzer zu werben. Vor Zugang wird gewarnt. Ph. C.

**Meran**. (An die Arbeitervereine Oesterreichs-Ungarns und Deutschlands!) Der am 1. Juni zu Innsbruck abgehaltene zweite tiroler voralbergische Arbeitertag hat unter Anderem beschlossen, die Wanderunterstützung über die Grenzen des Landes auszudehnen, und zwar den Unterstützungsbetrag von 50 Ct. österr. Währ. den Mitgliedern aller jener Vereine Oesterreichs-Ungarns und Deutschlands zuzulassen zu lassen, die sich bereit erklären, den tiroler voralbergischen Vereinen gegenüber in dieser Beziehung die Wechselseitigkeit zu beobachten. Diejenigen Vereine also, welche ihren Mitgliedern die Wohlthat einer Wanderunterstützung in Tirol und Boralberg unter der obigen Bedingung zuzulassen zu lassen gewillt sind, werden hiermit aufgefordert, ihre beschlossene Erklärung dem Arbeiterbildungsvereine des Vorortes Meran, Tirol zuzusenden.  
Für den Arbeiterbildungsverein:  
Fall, Vorstand. Wagner, Schriftführer.

**Briefkasten**  
der Redaktion. E. in Dresden: Weder die Redaktion noch die Expedition hat unter erwähntem Datum einen Aufruf an die Maurer und Zimmerer erhalten. Wir hätten denselben sonst natürlich sofort zum Abdruck gebracht. H. in Limbach: Lassen Sie den Wuth nicht sinken. Mit Verleumdungen ist noch Niemand tott gemacht worden; Übrigens scheint uns die Sache auch nicht so schlimm, wie Sie dieselbe auffassen. Nur vorwärts! Wenn wir sehen, daß man Ihnen Unrecht thut, werden wir Ihnen schon beizustehen wissen. — D. in Mülsen St. Nicolas: Der Abdruck Ihres Artikels würde ein Verstoß gegen unsere Principien sein. Wenn Sie die Kriegervereine für unseren Zweck zugänglich halten, so trifft dies vielleicht bei einzelnen Personen an einzelnen Orten zu. Niemals aber können wir die Kriegervereine empfehlen. Dieselben sind gerade verurtheilt worden, um der sozialistischen Bewegung einen „Damm“ vorzuliegen, der freilich sehr unholbar ist. W. in Nürnberg: Sie wünschen Material und Notizen für die Wabliteration. Vorläufig dürfte wohl das in der Partei- und Agitationschriften Entbaltene genügen; die alten Nummern des „Vollstaats“ würden es vollständig machen. Wir theilen Ihnen indessen mit, daß etwa bis September aus der Feder eines Parteigenossen eine Broschüre erscheinen wird, welche die Thätigkeit des Reichstags von 1870 an einer gründlichen Kritik unterzieht und Alles mit Aktenstücken und statistischem Material belegt. Zugleich werden auch die Beschlüsse der Landtage in den Einzelstaaten ausführlich darin kritisiert werden. E. in W.: In der nächsten Mittwochsnummer bringen wir noch einen Artikel über die beabsichtigten Aenderungen der Gewerbeordnung, der diesen Stoff erschöpfend behandeln wird.  
der Expedition: H. Dör Zwidau: 2. Cui. 15. Lhr. C. Fr Chemnitz: Ann. 9 Gr. Hm hier: 15. Juni 9 Gr. Buchbinderverein hier:

Ann. 16 Gr. J. Dms Wistahl: Schr. Lhr. 1. 8. — Wdr Nürnberg: Schr. 5 Gr. W. Schbt Kirchberg: Schr. 2 Lhr. R. Recoc Pancova Bonat: 3. Cui. 29 Gr. Th. Kib Franz. a. R.: Schr. 6 Lhr. 12 Gr., 2. Cui. 6 Lhr. 18 Gr. Kk Mc Smcderewo (Serbien): 3. Cui. Lhr. 1. 5. 5., Photogr. Lhr. 1. 10. 5. Kkg. D. Schneideror. hier: Ann. 17 Gr. Soj.-dem. Arb.-Ber. Hamburg: Ann. Lhr. 3. 28. — Posam.-Ber. das.: 20 Gr. Dnr Elberfeld. Ann. letzter 5 Gr., Anti-S. 1 Lhr. Soj.-dem. Arb.-Partei Berlin: Ann. 6 Lhr. 12 Gr. G. Hm Gllingen: 2. Cui. u. Schr. 25 Lhr. Brbt Budan: 15. Juni 20 Gr.

**Berichtigung.**  
In dem Parteirechtsbericht, welchen die Vertrauensmänner erhalten haben, sind im Conto: „Fond für politisch Gemäßigete“ unterm 28. November 25 Lhr. für Bebel eingetragen; diese Summe muß auf Bebel und Liebknecht lauten. Zu bemerken ist weiter, daß die beiden unterm 28. November eingetragenen Beträge der Pflegebeiträge für die Monate October und November ist.

**Fond für pol. Gemäßigete.**  
B. C. Wdr. Nürnberg 12 Lhr. B. S. hier durch Rauer 10 Gr. zur Agitation.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Anteilsscheine bei Anfertigungen erhielten ferner: In Leipzig Nr. 1. Nr. 1 Lhr.; Nürnberg G. D. 60; in Frankfurt a. M. L. Dppf. 2; L. Gsm. 2; Ph. Ungl. 1; K. Jg. 1. Gddlich.

**Berlin**  
Man abonniert vom 1. Juli ab auf den „Vollstaat“ monatlich 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Trautmann, Engelsstr. 6b, 4 Tr.; Friebe, Schwebelstr. 28, Hof part.; Wegner, Einickstr. 79; Heinsch, Lindenstr. 11, Hof 4 Tr. bei Gweh; Reuber, Kopenstr. 26; Schwoide, Struwinerstr. 43, Hof part.

**Berlin**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Bezirksversammlungen.  
Montag den 23. Juni Abends 8 Uhr:  
Landwehrstraße — bei Reißer:  
Das neue Preßgesetz. — Referent Rappert.  
Rannstr. 31 bei Glogig:  
Die heutige Cultur und die Sozialdemokratie. — Referent Baumann.  
Dienstag den 24. Juni Abends 8 Uhr:  
Gartenstr. 13/14 bei Breit-Schneider:  
Corruption der Bourgeoisgesellschaft. — Referent Kleist.  
Nur durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Das Agitationscomité.

**Berlin**  
Versammlung der Döcker Berlin.  
Dienstag, den 24. Juni, Abends halb 8 Uhr im Heise'schen Local Landwehrstraße 15. — Tagesordnung: Der Meitische Streik.  
NB. Da in der Meitischen Werkstatt der tarifmäßige Lohn nicht gezahlt worden ist, so bitten wir die auswärtigen Kollegen den Zugang fern zu halten.  
Der Bevollmächtigte.

**Breslau**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr:  
Öffentliche Versammlung  
in „Kuhner's Restauration“, Vorderstraße 7. — Tagesordnung: „Der neue Gesetzentwurf über die Befragung des Contractbüchses der Arbeiter und einige andere Zusätze zur Gewerbeordnung.“ Vortrag von B. Geiser. Die Mitglieder fordere ich auf, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Gäste sind gern gesehen. H. Dehmer.

**Breslau**  
Zur Beachtung.  
Durch die in Folge des wöchentlich dreimaligen Erscheinens des „Vollstaats“, vom 1. Juli ab einsetzenden größeren Abonnement-, Partei- und Colportage-Kosten, steht sich die Unterzeichnete genöthigt, den Preis des „Vollstaats“ im Wochenabonnement um 6 Pfennige zu erhöhen. Wir sind überzeugt, daß sich durch diese geringen Mehrkosten bei der nunmehrigen viel größeren Reichhaltigkeit des Organs Niemand vom weiteren Abonnement abhalten lassen wird, vielmehr alle Parteigenossen um so thätiger und energischer für die immer weitere Verbreitung unseres Organs agitieren werden.  
Die Filial-Expedition.

**Braunschweig**  
Die Versammlungen der  
Internationalen Metallarbeitergewerkschaft finden jeden Mittwoch Abend regelmäßig bei Schellbach, alte Knochenhauerstraße 13 statt.  
Der Bevollmächtigte: E. S. Müller, Schornstraße 22, II.

**Burgstädt**  
Dem Einsender der „Bescheidenen Anfrage“ vom Manufactur-Arbeiterbund zu Burgstädt in Nr. 49 hie. Bl. diene zur Nachricht, daß  
1) mit bewußtem Gelde gleichzeitig ein allgemeines Bericht unsrerer Thätigkeit eingeleitet werden sollte, welcher bis zur Zeit noch nicht fertig war, beiseite aber verabsolgt ist;  
2) genanntes Geld sich nicht immer in meinen Händen befand, sondern eintheilten davon Ruffische Lieberländer angefaßt worden waren, und den letzten Rest des Geldes für selbe erst Montag den 16. hie. Wts. zurück erhielt.  
Schön ist's, wenn man seine Vertrauensleute überwacht; möchte aber auch Jeder, wenn es gilt, mit offenen Augen auf dem Posten sein.  
R. Vogel.

**Crimmitschau**  
Volksverein.  
Nächsten Sonntag, den 22. Juni  
Großer Massenausflug.  
Es werden hierzu die Parteigenossen beiderlei Geschlechts von Rab und Fern freundlichst eingeladen, Nachmittags 3 Uhr in der Brauerei zu Rassel bei Zwidau zu erscheinen. Es wird Alles aufzubereitet werden, um den Parteigenossen einen vergnügten Tag zu bereiten! An Festbeitrag zahlen die auswärtigen Parteigenossen 1 Sgr. pro Person, welcher an das Festcomité (an rothen Schiefen ersichtlich) zu entrichten ist.  
Das Festcomité des Volksvereins zu Crimmitschau.

**Forst**  
An Alle Arbeiter und Berufsge nossen von Forst und Umgegend! In wenigen Tagen beginnt ein neues Quartal des „Vollstaats“, es ist daher eure Pflicht, schon jetzt darauf zu abonnieren und für dessen größere Verbreitung in Stadt und Land Sorge zu tragen, um ferner, da ihr wisst, daß dieses Blatt die Interessen der Arbeiter nach allen Seiten hin entschieden vertritt. Der erfreuliche Aufschwung, den der „Vollstaat“ in hiesigen Kreisen im letzten Quartal genommen, muß im nächsten Quartal ein noch weit größerer werden. Darum auf und abonniert! Die es nicht vermögen, allein den Preis zu erschwingen, mögen sich zu Zweien und Dreien zusammen thun! Jeder aber erfülle seine Pflicht!  
Forst, im Juni 1873.  
Für die Filial-Expeditionen des „Vollstaats“ für Forst und Umgegend: Osm. Jurk, Culoerdamm 99b.

**Forst**  
Sonabend, den 5. Juli, Abends 8 Uhr:  
Zweites Allgemeines Arbeiterfest  
und Stiftungsfest der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, im Wüsch'schen Local, bestehend in Concert, Feste, Declamatorischen Vorträgen u. Ball. Freunde und Genossenschaftsgenossen werden hierzu ergebenst eingeladen werden. Das Fest-Comité.

**Hamburg**  
Die General-Versammlung des  
Allg. d. Schiffszimmerer-Vereins  
findet statt den  
25. Juni, Morgens 10 Uhr,  
bei H. C. B. Hillbrandt, Hamburg im Kranzhaus, Brook Nr. 69.  
Tagesordnung: Revision der Statuten. Verschiedenes. Fragekasten.  
Der Austausch d. Allg. deutsch. Schiffszimmerer-Vereins.

**Hamburg**  
Allg. deutscher Schiffszimmerer-Verein.  
Es wird ersucht, die Beiträge von den Verischaften für die Monate April, Mai, Juni, vor der Generalversammlung einzusenden, an den Kassirer  
W. S. v. S., Bemüßberg 23, Hamburg.

**Hamburg**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 23. Juni, Abends 9 Uhr: Versammlung in Hansch's Clublokal, Schauenburgerstr. 14. — Tagesordnung:

„Der Sozialismus und die genossenschaftliche Arbeit“, Vortrag von G. B. Gäste haben Zutritt.

**Hildesheim**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Montag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr:  
Volksversammlung.  
Tagesordnung: „Unsere Ziele“. Referent: F. Reichel.  
A. Lampe.

**Leipzig**  
Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Zibler, gr. Windmühlenstraße Nr. 7. D. B.

**Leipzig**  
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.  
Freitag, den 20. Juni: Versammlung bei Zibler, gr. Windmühlenstraße Nr. 7. — Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Referent Martin. Diskussion.  
Der Vorstand.

**Leipzig**  
Allgemeiner deutscher Schneiderverein.  
Dienstag, den 24. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hrn. Hieschold, Gewandgäßchen Nr. 4, 2 Tr.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Retirenden werden an ihre Pflicht erinnert.  
Der Bevollmächtigte.

**Leipzig**  
Gewerkschaft der Töpfer.  
Dienstag, den 24. Juni: Versammlung in Schäfer's Restauration, Nicolaisstraße Nr. 51. — Tagesordnung: „Die Productivgenossenschaften“. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

**Leipzig**  
Versammlung der Stellmacher  
in der Bode'schen Restauration, kleine Windmühlengasse. — Tagesordnung: Wahl eines Kassiers und Schriftführers.  
Um zahlreiches Erscheinen bitten  
Der Vorstand.

**Leipzig**  
Internationale Gewerkschaft d. Rauer u. Zimmerer.  
Dienstag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Zibler, gr. Windmühlenstr. 7, hinter's Lokal.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
NB. Das Quittungsbuch ist am Eingang zu präsentiren, neu anzukommende müssen vorläufig eingeliefert werden. Der Bevollmächtigte.

**Limbach**  
Allgemeines Arbeiterfest.  
Sonntag, den 29. Juni, in sämmtlichen neu decorirten Localitäten des Schützenhauses zu Limbach, bestehend in Instrumental- und Vocal-Concert, Feste und Ball. Das Concert wird ausgeführt vom Limbacher Musikchor unter Leitung des Herrn Musikdirektors Richter und vom Singsangverein „Lyra“ hier unter Leitung des Herrn Directors Solbrig.  
Festrede gehalten von J. Bahlreich aus Chemnitz.  
Für deklamatorische Vorträge ist Fräulein Stude aus Chemnitz sowie noch mehrere thätige Kräfte gewonnen.  
Anfang Nachmittags 3 Uhr. Entré à Person 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr.  
Herren, welche sich am Ball betheiligen, zahlen circa 5 Sgr.  
Es werden die Parteigenossen, sowie alle Arbeiter von Rab und Fern hierdurch zu recht zahlreicher Betheiligung freundlichst eingeladen. Bei den um 11 Uhr 40 und 2 Uhr 10 Minuten ankommenden Zügen werden Comités-Mitglieder, an Abzeichen kenntlich, am Bahnhofs sein. Diejenigen, welche zu Fuß kommen wollen sich direkt nach dem Festplatze begeben. Von Seiten des Comités sowie des Rathes wird Alles aufzubereitet werden, um den Betheiligten womöglich nach allen Seiten hin gerecht zu werden.  
NB. Der Reinertrag ist für den Reichstagswahlfond bestimmt.  
Mit sozial-demokratischem Gruß  
Das Festcomité.

**Marxtraustädt**  
Sonabend, den 21. Juni, Abends punkt 8 Uhr:  
Volksversammlung  
im Gasthof zum „Thüringer Hof“. — Tagesordnung: 1) Die Arbeiterbewegung; 2) die indirecten Steuern. Referent: Rauer.  
Das Comite.

**Mülsen St. Nicolas**  
Sonabend, den 28. Juni, von Abends 8 Uhr an:  
Große Volksversammlung  
in der Schankwirtschaft des Herrn Friedr. Pommer. — Tagesordnung: 1) Die unveräußerlichen Menschenrechte oder die Principien der Sozialdemokratie und ihre Ziele. 2) Was hat der Reichstag für die Arbeiter gethan? Referent Hr. Dr. Otto-Walcker aus Dresden.  
Der Arbeiterbildungsverein.

**Thonberg**  
Arbeiterverein für Thonberg und Umgegend.  
Sonntag, den 22. Juni:  
Spaziergang mit Familien nach Meusdorf.  
Genussgenossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Versammlung von Nachmittags 2 Uhr an im „Gasthaus zum Thonberg“-Abmarsch punkt 3 Uhr, wo die sich nicht an der Fahnenweihe betheiligenden den 3 1/4 o h er'schen Genussgenossen eingetroffen sein werden.  
Der Vorstand.

**Zwidau**  
Sozial-demokratische Arbeiterpartei.  
Unsere Mitgliederversammlungen finden bis auf weiteres jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, im Locale der „Vollstaats“, bei Herrn Dohauer, statt.  
[S.] Der Vertrauensmann.

**Zwidau**  
Filial-Expedition betreffend.  
Die geehrten Abonnenten werden ersucht, vor Ablauf des Quartals die Weiterbestellung zu bewerkstelligen, andernfalls ich das Abonnement als abbestellt betrachte. Zugleich ersuche ich alle diejenigen, welche noch Nummern zu erhalten haben, dieselben abzuholen, und dies es noch nicht gethan, das Abonnement zu berichtigen. † Dohauer.

**Für Hamburg.**  
Allgemeiner deutscher Arbeiterverein.  
Lusttour  
per Dampfschiff nach Wedel,  
Sonntag, den 29. Juni 1873.  
Abfahrt der Dampfschiffe präcis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr von der Landungsbrücke (St. Pauli).  
Karten à 1 Schll. (incl. Ruhl) sind zu haben bei den Herren Lüderß Reistr. 92; Spönnagel, Rathhausstr. 5; Ullie, Raboisen 91; Mohrmann Raboisen 90; Traumann, Dragonerschall 25; Hansen, Gr. Neumarkt 30; Plate, Steinstr. 135; Zingelmann, b. d. Mühren 59; Jacobi, Liliustr. 17; Jg. Doerß, Kattrepel 25; Jg. Eyerdor, Valentinsdamp 99; Jg. Schulze & Jöler, Reifr. Kubientw. 60 Jg. Das Comité.

**Für Württemberg.**  
Sonntag, den 29. Juni:  
Landes-Versammlung  
für die Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiterpartei Württemberg's im Gasthof „zum Hirs“ in Göttingen. Vormittag von 9—12 Uhr: Geschlossene Versammlung. — Nachmittag von 3 Uhr an:  
Große Volksversammlung.  
Die Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung festgesetzt. Wir fordern sämmtliche Parteigenossen, sowie die Vereine des früheren Gauverbandes zu zahlreicher Betheiligung an!  
Erlingen, den 17. Juni 1873. Das Agitations-Comité.

**Wein Geschäft**  
neuer sowie ge'tragener Kleidungsstücke und Schuhwerk befindet sich: Brühl Nr. 72. (Grüder-Plauen'scher Hof.) H. A. Kiehlhorn.  
Leipzig: Hermann, Redakteur C. Casper. (Redaktion und Expedition) Zeigerstr. 44. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.